

# VIELFÄLTIG, BODENSTÄNDIG, BÜRGERNAH.

MODERNE BÜRGERPARTEI  
AUF SICHEREM FUNDAMENT

**Beschluss des 63. Landesparteitages**

vom 23. Juli 2012 in Karlsruhe



## **ZUKUNFTSWERKSTATT: EIN PROJEKT DER GANZEN PARTEI**

*Zu Beginn des Jahres 2012 hat die CDU Baden-Württemberg das Projekt Zukunftswerkstatt gestartet. Seither ist in vielen unserer Kreis- und Ortsverbände sowie in den Gliederungen der Partei ein reger Diskussionsprozess über die Neu-Ausrichtung der CDU Baden-Württemberg in Gang gekommen.*

*Der 61. Landesparteitag am 23. Juli 2011 in Ludwigsburg hatte den Landesvorstand beauftragt, „einen strukturierten Diskussionsprozess über die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der Partei in Gang zu setzen. Alle Mitglieder sollen die Möglichkeit haben, sich an diesem Diskussionsprozess zu beteiligen. Die in diesem Diskussionsprozess erarbeiteten Ideen und Vorschläge sind dem Landesparteitag in geeigneter Form zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen“.*

*Der Landesvorstand hat deshalb eine Projektgruppe „Zukunftswerkstatt“ eingesetzt und diese beauftragt, den Prozess zu initiieren, zu begleiten und dem Landesparteitag im Juli 2012 einen Zukunftsentwurf vorzulegen. Als Ergebnis einer ersten Phase des Diskussionsprozesses sind ca. 50 Stellungnahmen eingegangen, die alle im Internet veröffentlicht werden. Aus den Ideen und Forderungen dieser Ausarbeitungen heraus ist das vorliegende Papier entstanden.*

*Dieser Zukunftsentwurf soll im Vorfeld des Landesparteitags am 21. Juli 2012 einen Monat lang in der Partei beraten werden. Die Projektgruppe bittet deshalb um eine intensive Auseinandersetzung und um Änderungs- und Ergänzungsvorschläge für den Landesparteitag. Die Zukunftswerkstatt lebt vom Mitmachen.*

*Letztlich kann der eingeschlagene Erneuerungsprozess nur dann erfolgreich sein, wenn wir die politischen Grundentscheidungen dieses Zukunftsentwurfs auch verkörpern und glaubwürdig leben. Denn die CDU hat in der Vergangenheit auch Fehler gemacht.*

*Die nachfolgende Ausarbeitung gibt Antworten auf sechs zentrale Fragen, die für die Ausrichtung der CDU Baden-Württemberg von entscheidender Bedeutung sind.*

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>I.</b>	<b>Wie stellen wir uns die CDU vor? -</b>	
	<b>Ansprüche stellen wir zunächst an uns selbst! .....</b>	<b>4</b>
<b>II.</b>	<b>Wo kommen wir her? -</b>	
	<b>Christliches Menschenbild und soziale Marktwirtschaft. ....</b>	<b>6</b>
<b>III.</b>	<b>Wo wollen wir hin?</b>	
	<b>10 Leitbilder für unser Land .....</b>	<b>9</b>
	Leitbild 1: Menschenwürde verwirklichen.....	9
	Leitbild 2: Gleichstellung von Frau und Mann .....	10
	Leitbild 3: Familie möglich machen .....	10
	Leitbild 4: Mittelschicht und Mittelstand stärken, sozialen Aufstieg fördern.....	11
	Leitbild 5: Für Qualitatives Wachstum: Dem Fortschritt eine Richtung geben.....	12
	Leitbild 6: beste Bildungschancen für jedes Kind.....	13
	Leitbild 7: Integration stärken: Bereicherung für uns alle .....	14
	Leitbild 8: Verantwortung für die innere und äussere Sicherheit .....	15
	Leitbild 9: Wir wollen die staatliche Eigenständigkeit Baden-Württembergs stärken .....	15
	Leitbild 10: Wir bauen mit am europäischen Haus .....	16
<b>IV.</b>	<b>Was ist uns dabei wichtig?</b>	
	<b>Vertrauen schaffen - offen, transparent und ausgleichend wirken .....</b>	<b>17</b>
<b>V.</b>	<b>Was müssen wir dafür tun?</b>	
	<b>Engagement, Beteiligung und Mitarbeit in der Volkspartei CDU .....</b>	<b>19</b>
<b>VI.</b>	<b>Was bleibt offen? Die Zukunftswerkstatt geht weiter .....</b>	<b>23</b>

## 1 I. WIE STELLEN WIR UNS DIE CDU VOR? - ANSPRÜCHE 2 STELLEN WIR ZUNÄCHST AN UNS SELBST!

3 **Wir hören zu.** Wir sind Mitglieder der CDU, weil wir unserem Land und unseren Mitbürgerinnen  
4 und Mitbürgern dienen wollen. Dienen heißt für uns, dass wir keine vorgefertigten Antworten über-  
5 stülpen, sondern zuallererst, dass wir den Menschen zuhören, ihre Fragen und Anliegen ernst neh-  
6 men und gemeinsam mit ihnen an einer guten Zukunft für unser Gemeinwesen arbeiten. Politik be-  
7 ginnt für uns mit dem Betrachten der Wirklichkeit.

8 Die Zukunftswerkstatt ist ein Beispiel dafür, wie wir unsere Arbeit insgesamt verstehen: Wir sind eine  
9 Partei, die offene Kommunikationsprozesse gestaltet.

10 **Volkspartei CDU.** Wir stehen mitten im Leben und kommen aus allen Generationen, Schichten  
11 und Gruppen unserer Gesellschaft. Ein Klassen-, Interessen und Klienteldenken lehnen wir ab. Wir  
12 unterscheiden nicht nach Alter, Geschlecht, Herkunft, Kultur, Religion oder sexueller Orientierung.  
13 Wir fragen nicht: „Woher kommst Du?“, sondern: „Willst Du mitmachen?“. Wir grenzen nicht aus.  
14 Jeder ist bei uns willkommen..

15 Die CDU ist die Volkspartei in Baden-Württemberg. Die CDU hat ein starkes Bewusstsein und einen  
16 Sinn dafür, die Sorgen und Nöte der Menschen im Land zu kennen und die Werte dieses Landes zu  
17 verkörpern. Diese Grundwerte entsprechen den tiefen kulturellen Bindungen der großen Mehrheit  
18 der Bürgerinnen und Bürger im Land. So war es auch bei der Volksabstimmung zur Kündigung des  
19 Bahnprojekts Stuttgart-Ulm: Wir haben daraus eine Abstimmung für das Zukunftsprojekt gemacht.

20 Bei der letzten Landtagswahl 2011 hat die CDU 39 Prozent der Stimmen erhalten und ist trotzdem  
21 nicht mehr an der Regierung beteiligt. Sie ist damit aber immer noch weitaus stärkste Partei im Land-  
22 tag und in 60 von 70 Wahlkreisen direkt gewählt. Es gilt, diesen Wählerauftrag zu vertreten, dieses  
23 Votum zu sichern und die Wählerbasis zu vergrößern.

24 Unser Ziel ist es, wieder eine regierungsfähige Mehrheit erringen zu können. Dazu gehört auch, dass  
25 wir die Rolle annehmen und ausfüllen, die uns infolge der letzten Landtagswahl zuteil geworden ist.  
26 Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger durch gute Arbeit überzeugen – und dadurch, dass wir ihnen  
27 überzeugendere Antworten bieten als die anderen Parteien.

28 Grundsätzlich müssen alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig sein. Die CDU  
29 muss aber so stark werden, dass nach den nächsten Wahlen in Bund und Land nicht ohne sie regiert  
30 werden kann.

31 **Wertepartei statt Ideologepartei.** Wir treten für unsere Überzeugungen ein und werben für sie.  
32 Was wir aber ablehnen, sind Bevormundung und Zwangsbeglückung. Wir wollen niemandem etwas  
33 „überstülpen“ und maßen uns auch nicht an, zu wissen, was das „bessere Leben ist“. Denn zu unseren  
34 Werten gehören Toleranz, Einsicht in die eigene Unvollkommenheit und die Bereitschaft, selbst im-  
35 mer neu dazulernen. Wir wollen nicht umerziehen; moralische Überheblichkeit lehnen wir ab. Das  
36 unterscheidet uns von linken und rechten Ideologen, von denen wir uns klar distanzieren.

37 Unsere Werte sind die Basis für den Erneuerungsprozess der Partei. Sie sind für uns Richtschnur beim  
38 Ringen um Antworten auf wichtige Zukunftsfragen.

39 Werte sind für uns nicht eine Moralkeule, die sich gegen jemanden richtet. Unsere Werte sind Fix-  
40 und Orientierungspunkte für unser eigenes politisches Handeln.

41 Wir wollen eine große und lebendige Partei bleiben. Strukturen genauso wie angestammte Positio-  
42 nen müssen immer wieder auf den Prüfstand. Deshalb brauchen wir mehr Diskussionen in der Sache.  
43 Und diese müssen wir parteiintern auch aushalten. Diskussionen helfen uns in der Öffentlichkeit,  
44 wenn sie sachlich, basisnah, menschlich anständig, ergebnisoffen und zielorientiert geführt werden.

45 ***Nachhaltige Zukunftssicherung.*** Wir mischen uns in die öffentlichen Angelegenheiten ein und ge-  
46 stalten Zukunftsfragen mit. Uns kommt es darauf an, nicht stehen zu bleiben, sondern weiter zu den-  
47 ken. Wir wollen die Lebensverhältnisse bei uns und in der Welt weiter verbessern, wobei zur Verbes-  
48 serung auch die Fähigkeit zur Selbstbeschränkung gehört.

49 Die CDU hat mit dafür gesorgt, dass Baden-Württemberg den Prozess der Globalisierung ökonomisch  
50 glänzend bestehen konnte. Weniger als 4% Arbeitslose und über 4 % Wachstum im Jahr 2011 spre-  
51 chen dafür, dass die entscheidenden politischen Weichenstellungen richtig waren. Die CDU hat Ba-  
52 den-Württemberg an die Spitze der Länder in Deutschland und Europa geführt.

53 Durch eine Politik für Innovation, Bildung und einen starken Mittelstand gehört Baden-Württemberg  
54 zu den „am besten regierten Ländern Europas“, urteilte die NZZ im März 2011.

55 Uns geht es darum, nachhaltige Zukunftssicherung zu betreiben. Unsere Partei ist nicht nur auf die  
56 aktuelle Tagespolitik ausgerichtet. Unser Anspruch besteht darin, politische Perspektiven für die  
57 nächsten 20 und 30 Jahre zu verkörpern.

58 ***Den Gesellschaftlichen Wandel gestalten.*** Wir erleben derzeit viele Umbrüche im sozialen und ge-  
59 sellschaftspolitischen Bereich. Die Veränderungen von Familienstrukturen und die Belastungen, mit  
60 denen Familien heute zu kämpfen haben, Umwälzungen in der Arbeitswelt und gleichzeitig eine Viel-  
61 falt an Möglichkeiten zur Lebensgestaltung wie nie zuvor stellen uns vor neue Herausforderungen.

62 Wir sehen aber auch die Sehnsüchte der Menschen nach einem Anker, nach Halt und Geborgenheit.  
63 Wir sehen den Wunsch, Werte wie Sicherheit, Leistung und Familie zeitgemäß zu interpretieren (so  
64 die Sinus-Studie 2010).

65 In diesen Prozess, der eine echte Erneuerung der Gesellschaft bedeuten kann und deshalb eine große  
66 Chance ist, können und wollen wir uns in besonderem Maße einbringen und die gesellschaftliche  
67 Diskussion offen und mutig, selbstbewusst und überzeugungsstark führen. Denn Sicherheit und Lei-  
68 stung sind die Voraussetzungen für Wohlstand, Familie ist weder altmodisch, noch überholt.

69 Wir verstehen uns dabei insbesondere als Anwalt der „kleinen Leute“. Sie tragen in vielfältiger Weise  
70 unsere Gesellschaft.

71 Wir kämpfen gegen soziale Deklassierung von Menschen, Gruppen oder Schichten. Wir brauchen  
72 jede und jeden, alle sind gleich wertvoll. Wir kümmern uns besonders um diejenigen, die keine Arbeit  
73 finden können.

74 ***Alles Uniforme ist nicht CDU.*** Wir freuen uns, wenn Menschen ihre unterschiedlichen Begabungen  
75 und Talente möglichst breit entfalten. Für uns bleibt Baden-Württemberg das Land der Talente. Alles  
76 Uniforme lehnen wir ab. Vielfalt gefällt uns. Wir wollen, dass alle ihr Leben in Freiheit und Eigenver-  
77 antwortung gestalten und damit ihren eigenen Lebensentwurf verwirklichen können.

78 ***Ansprüche stellen wir zuerst an uns selbst.*** Ansprüche stellen wir zuerst an uns selbst, nicht an den  
79 Staat. Wir bekennen uns klar zum Grundprinzip der Eigenverantwortung. Niemandem darf Unzumut-  
80 bares zugemutet werden. Aber jeder muss sich anstrengen. Leistung muss sich lohnen. Deshalb sind  
81 für uns gleiche Möglichkeiten und beste Chancen so entscheidend. Wer nicht so viel Leistung bringen  
82 kann, den dürfen wir nicht fallen lassen. **Bei uns werden die Starken nicht behindert, die Schwäche-**  
83 **ren werden aufgefangen und gefördert.**

84 ***Zusammenhalt unseres Gemeinwesens stärken.*** Den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens halten  
85 wir für eine unabdingbare Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung. In einer Zweiklassen-  
86 Gesellschaft wollen wir nicht leben; eine Spaltung unserer Gesellschaft und unseres Landes lehnen  
87 wir ebenso ab wie Parallelgesellschaften. Wir wollen wichtige Strömungen in der Gesellschaft im Dia-  
88 log zusammenführen. Deshalb sind wir auch aktiv in vielen Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen.  
89 Wir hören zu, um die Aufmerksamkeit auf das zu lenken, was unsere Gesellschaft bewegt und was die  
90 Menschen brauchen. Wir sind achtsam im Umgang mit unseren Mitmenschen und verschaffen denen  
91 Gehör, die selbst keine Stimme haben.

92 ***Bürgernähe und Bodenständigkeit.*** Der politische Streit muss respektvoll geführt werden, ohne  
93 Andere in ihrer Würde oder ihrem Ansehen zu verletzen. Wir vertrauen auf die Kraft der Argumente  
94 und stehen für eine offene Gesprächskultur, Anstand, Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Verlässlichkeit und  
95 Standhaftigkeit gehören dazu. Unsere Sprache muss jederzeit verständlich sein. Wir heben nicht ab,  
96 sondern bleiben auf dem Boden. Wir wollen einen offenen, bürgernahen und bodenständigen Politik-  
97 stil pflegen.

## 98 **II. WO KOMMEN WIR HER? - CHRISTLICHES MENSCHENBILD** 99 **UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT.**

100 ***Starke Wurzeln, klare Werte.*** Die Christlich Demokratische Union hat tiefe Wurzeln und starke  
101 Fundamente. Sie geben uns Orientierung, Halt und Sicherheit in einer sich schnell wandelnden Welt.

102 Unsere CDU ist auch in den Gefängniszellen der Nazis entstanden. Sie ist ein Gegenentwurf zu der  
103 nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur. Deshalb sind für uns Freiheit, Verantwor-  
104 tung und ein gesicherter Friede nach innen und nach außen so wichtig. Unsere Gründerväter und –  
105 mütter wollten ein neues, friedliches, menschliches Deutschland und Europa erschaffen, das ein men-  
106 schenwürdiges Leben ermöglicht.

107 Dies bleiben unsere Grundlagen, auch in der Zukunft:

- 108 • Demokratie statt Diktatur und Bevormundung,
- 109 • Rechtsstaatlichkeit statt Willkür,
- 110 • Subsidiarität statt Zentralismus,
- 111 • Demut und Bescheidenheit statt Allmachtsphantasien und Machbarkeitswahn,
- 112 • Achtung der Schöpfung statt leichtfertiger Verschwendung von Ressourcen.

113 ***Das christliche Menschenbild ist unser ethisches Fundament.*** Unsere stärkste Wurzel ist das christ-  
114 liche Menschenbild. Es lehrt uns, dass jeder Mensch einzigartig ist und eine unveräußerliche persona-  
115 le Würde besitzt; dass er frei ist und seine Freiheit in Verantwortung gebrauchen muss. Es lehrt uns  
116 die Gebote der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe und auch die Toleranz gegenüber anderen Reli-  
117 gionen oder Weltanschauungen. Hinzu treten die Prinzipien der Christlichen Gesellschaftslehre Sub-  
118 sidiarität und Solidarität. Diese Werte sind zeitlos.

119 Wir alle sehen gegenwärtig einen neuen Schub der Säkularisierung und der Entfernung von christli-  
120 chen Werten. Manche Partei fährt bewusst einen Kurs der Abgrenzung zu Religion und Christentum.

121 Für uns, die CDU Baden-Württemberg, sind die christlichen Werte der rote Faden und die Richt-  
122 schnur. Aus ihm folgen auch unsere Leitbilder, die wir in Kapitel III formuliert haben.

123 Der Mensch ist ein Geschöpf Gottes. Für uns ist die Rückbindung an Gott der Garant und die Grund-  
124 lage von Menschenwürde und Freiheit. Wenn Gott gestrichen wird, bleibt sein Platz nicht leer. Wenn  
125 der Mensch sich selbst zur obersten Bezugsgröße macht, ist er den offenen und verborgenen Manipu-  
126 lationen ausgesetzt. Die Gründung der CDU war eine Konsequenz aus dieser Erfahrung.

127 Als christlich-demokratische Partei sind wir aber weder eine Partei der Kirchen noch allein der Chris-  
128 ten. Wir schließen die Anhänger anderer Glaubensgemeinschaften oder Nichtgläubige nicht aus,  
129 sondern laden sie im Gegenteil ein, sich zu beteiligen. Wir sind offen für Menschen, die nicht an Gott  
130 glauben, aber unsere Wertvorstellungen teilen. Wir sind tolerant gegenüber allen Andersdenkenden,  
131 lehnen aber Beliebigkeit ab. Toleranz können wir üben, wenn wir um unsere eigenen Werte und ihre  
132 Stärken wissen. Wir wollen den Dialog und Austausch mit anderen Religionen vertiefen.

133 Nach christlicher Überzeugung hat Gott uns Verstand gegeben, damit wir ihn gebrauchen. Deshalb  
134 sind wir misstrauisch gegen alle Arten von Heilslehren und „einfachen Wahrheiten“ und lehnen jeden  
135 Absolutheitsanspruch ab.

136 Die CDU muss eine Identität in sich selbst besitzen. Gäbe sie ihre Unverwechselbarkeit auf, wäre sie  
137 austauschbar und ersetzbar. Wir wollen unsere Identität nicht von anderswo ausleihen oder uns an-  
138 deren Strömungen anpassen. Ein schwankendes Rohr im Wind wird vom ersten Sturm geknickt.

139 Wir wollen bewusst eine Haltung der Zuversicht und des Mutes gegen die Ideologie der Angst, Be-  
140 vormundung und Verbote setzen. Wir prüfen neue Ideen und akzeptieren bessere Angebote, wenn  
141 wir eine Verbesserung des Zusammenlebens und des Zusammenhalts der Gesellschaft erkennen.

142 **Experten der sozialen Marktwirtschaft.** Die Soziale Marktwirtschaft ist für uns ein grundlegendes  
143 Konzept, das aus dem christlichen Menschenbild folgt. Wettbewerb und Leistung schaffen Innovation  
144 und Fortschritt. Diese Prinzipien müssen ergänzt werden um gleiche Rahmen- und Startbedingungen  
145 und sozialen Ausgleich.

146 Die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft hat Deutschland und Baden-Württemberg in  
147 vielen Jahrzehnten Freiheit ermöglicht und Wohlstand gebracht. Sie erfährt weltweit immer mehr  
148 Bewunderung und Nachahmung als dritter Weg zwischen Autoritarismus, ob als Sozialismus oder in  
149 anderer Form, auf der einen und radikalem Kapitalismus auf der anderen Seite. Wir bejahen die Sozia-  
150 le Marktwirtschaft als ethisches Konzept, als Werteordnung der Freiheit, als Konzept, das Maß und  
151 Mitte einhält.

152 Die Soziale Marktwirtschaft verbindet das Prinzip freier Märkte mit sozialem Ausgleich. Sie ist für die  
153 Menschen da und bietet ihnen Chancen auf Bildung, Erfüllung, Wohlstand und Solidarität. Weder  
154 Staat noch Markt sind Zweck an sich, ihnen kommt eine dienende Funktion zu.

155 In der Sozialen Marktwirtschaft setzen wir auf selbstbewusste Bürger, die ihr Leben lieber in die ei-  
156 gene Hand nehmen und nicht ruhiggestellte Untertanen in bequemer Abhängigkeit vom Staat sein  
157 wollen. Deshalb treten wir für Eigenverantwortung ein und haben Zutrauen in die Mündigkeit freier  
158 Bürger: Wir setzen auf Soziale Marktwirtschaft als Werteordnung, die die Rechte des Einzelnen  
159 schützt, ihn aber auch in die Pflicht nimmt. Zu Freiheit gehört Freiraum: Wo Gesetze und Regelungen  
160 nicht zwingend notwendig sind, müssen sie unterbleiben. Wir setzen auf Anreize, nicht auf Vorschrif-  
161 ten.

162 Der Markt ermuntert private Initiative und bringt so für die Gesellschaft mehr Wohlstand hervor, als  
163 es durch staatliches Handeln möglich wäre. Voraussetzungen hierfür sind Leistungsgerechtigkeit und  
164 fairer Wettbewerb als effektivstes Innovations- und Wachstumsprogramm sowie als Instrument zur  
165 Beschränkung von Macht und zur Sicherung von Freiheit. Ordnungspolitik, also klare Grundsätze zum  
166 Erhalt der auf Wettbewerb, Freiheit und Verantwortung basierenden marktwirtschaftlichen Wirt-  
167 schaftsordnung schaftt Vertrauen, Rechtssicherheit und ist Garant für Stabilität und Generationen-  
168 gerechtigkeit.

169 Transparenz ist eine zwingende Voraussetzung für eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft, für  
170 fairen wirtschaftlichen Wettbewerb, für Nachhaltigkeit von öffentlichen Haushalten und in sozialen  
171 Sicherungssystemen. Klare Regeln für alle sind eine andere Prämisse: Wer den Nutzen hat, muss auch  
172 möglichen Schaden tragen. Rendite und Risiko, Gewinn und Haftung gehören zusammen. Gewinne  
173 zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, hat mit Marktwirtschaft und fairem Wettbewerb nichts  
174 zu tun. Eine Politik für Preisstabilität ist für uns dabei ein zentrales Element der Sozialen Marktwirt-  
175 schaft.

176 Gerade Menschen in Not müssen auf die Solidarität der Gemeinschaft bauen können. Alle an Einzel-  
177 ne erfolgenden Transferleistungen, die nicht auf individueller Leistung beruhen, sind grundsätzlich  
178 darauf auszurichten, einen situativen Charakter der Hilfe in Notlagen und damit Anreize zu ihrer Be-  
179 endigung aufzuweisen. Abhängigkeiten müssen erschwert, Selbsthilfekräfte gestärkt werden.



180 **III. WO WOLLEN WIR HIN?**  
181 **10 LEITBILDER FÜR UNSER LAND**

182 Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ihre Lebensträume verwirklichen kön-  
183 nen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen füreinander da sind. So wurde unser Land  
184 groß und stark. Wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, um diesen Weg, den baden-  
185 württembergischen Weg, auch in Zukunft möglich zu machen.

186 **LEITBILD 1: MENSCHENWÜRDE VERWIRKLICHEN**

187 **Die Menschenwürde als Maxime.** Die oberste Maxime ist für uns der erste Artikel des Grundgeset-  
188 zes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Menschenwürde darf nicht zum Spielball von Inte-  
189 ressen und Macht werden. Sie ist auch durch Mehrheitsmeinung für uns nicht verhandelbar. Auch  
190 und gerade in der modernen Welt mit ihren vielfältigen Facetten ist die Wahrung der Würde des  
191 Menschen die größte aller Herausforderungen, sei es in der Gesellschaft, in der Wirtschaft oder der  
192 Technik.

193 Wir wollen eine menschenwürdige Gesellschaft gestalten. Die Würde des Menschen gilt für alle, für  
194 ungeborenes Leben, für behinderte, kranke und alte Menschen. Es gibt keinen einzigen „unwürdigen“  
195 Menschen. Jedes Individuum verdient Respekt. Diejenigen, die ganz oder teilweise nicht für sich  
196 selbst sorgen können, nehmen wir in die Mitte unserer Gesellschaft.

197 In „Würde“ alt zu werden ist der sehnlichste Wunsch aller Menschen. Wir wollen nicht, dass alte Men-  
198 schen abgestempelt oder abgeschoben werden. Wir wollen nicht, dass sie sich in die Ecke gedrängt  
199 fühlen, sich überflüssig oder gar störend vorkommen müssen. Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.

200 Kinder brauchen unsere Hingabe und Liebe. In immer weniger Haushalten leben Kinder (2010: ca. 30  
201 Prozent der Haushalte; 1972: ca. 60 Prozent der Haushalte in Baden-Württemberg). Dies hat unsere  
202 Gesellschaft stark verändert. Wir wollen mit möglichst vielen Kindern leben. Es ist für uns zentral,  
203 ihnen die Grundlagen für eine gute Zukunft zu vermitteln.

204 Die Würde am Arbeitsplatz muss gewahrt sein. Leih- und Zeitarbeit sind Instrumente, um auf Auf-  
205 tragsschwankungen flexibel reagieren zu können. Gerade deshalb aber verdient derjenige, der Flexi-  
206 bilität bei gleicher Qualifikation und Erfahrung einbringt, auf Dauer den gleichen Lohn wie sein fest-  
207 angestellter Kollege. Wer täglich seine Arbeit tut, muss gerecht behandelt werden. Wir halten es für  
208 notwendig, eine allgemeine, verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen  
209 ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze soll durch eine Kommissi-  
210 on der Tarifpartner festgelegt und sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbar-  
211 ten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen  
212 obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich  
213 organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.

214 Wir treten für einen aktiven Sonn- und Feiertagsschutz ein. Auch Feiertage, die nicht arbeitsfrei sind  
215 wie der Buß- und Betttag, müssen ihren besonderen Stellenwert behalten.

216 **LEITBILD 2: GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN**

217 Wir wollen mit und für Frauen Politik machen. Die CDU setzt sich uneingeschränkt für die Gleichstel-  
218 lung von Frau und Mann ein. Deshalb wollen wir zur nächsten Kommunalwahl Frauen und Männer  
219 möglichst in gleicher Anzahl aufstellen.

220 Der Anteil von Frauen in den Volksvertretungen muss erhöht werden. Hierfür sind aber diejenigen in  
221 der Verantwortung, die Kandidaten aufstellen, also die Parteien und die Wählerinnen- und Wähler-  
222 Gemeinschaften. Wir fordern Frauen auf für ein Amt oder ein Mandat zu kandidieren.

223 Noch immer verdienen Frauen für die gleiche Arbeit häufig weniger als Männer. Dies ist für uns nicht  
224 hinnehmbar. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf. Mädchen und junge Frauen verbessern ihre  
225 Chancen deutlich, wenn sie ihr Berufswahlspektrum erweitern. Gerade im MINT-Bereich haben sie  
226 gute Chancen, auch auf besser bezahlte Tätigkeiten. Auch lange Pausen in der Erwerbstätigkeit tra-  
227 gen zur schlechteren Bezahlung bei, deshalb ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor  
228 ein Thema. Frauen haben, zumal wenn sie Kinder haben, heute oft schlechtere Karrierechancen. Wir  
229 wollen dafür kämpfen, dies zu überwinden. In immer mehr Familien mit Kindern wollen beide Partner  
230 Karriere machen (Dual Career). Hierfür müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden.  
231 Genauso wollen wir mehr Frauen in Führungsfunktionen.

232 **LEITBILD 3: FAMILIE MÖGLICH MACHEN**

233 Die Menschen in ihren Familien und Lebensgemeinschaften stehen für uns im Mittelpunkt unseres  
234 Handelns. Familie ist zu schade für ideologische Betrachtungen und Experimente. Wir suchen Lösun-  
235 gen, damit die familiären Lebensentwürfe in ihrer Vielfalt möglich werden.

236 Familie ist nicht immer heile Welt. Doch Familie, Ehe und Partnerschaft schaffen Nähe und erzeugen  
237 Geborgenheit. In den meisten Familien wird etwas gelebt, was kein Staat leisten kann: In Liebe und  
238 Zuneigung entstehen Bindungen; auf die wir uns verlassen können. Die Eltern sind für die Kinder  
239 verantwortlich, und später auch die Kinder für die Eltern. Deshalb müssen wir alles tun, um Familie  
240 möglich zu machen.

241 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter verbessert werden. Dies betrifft Frauen wie  
242 Männer. In vielen Studiengängen sind heute mehr als die Hälfte der Studierenden weiblich. Es wird zu  
243 einer deutlichen Feminisierung vieler Berufszweige kommen.

244 Immer mehr Männer und Frauen nehmen heute das Thema Erziehung als ihre gemeinsame Aufgabe  
245 an. Vielfach ist es nicht mehr „nur“ die Frau, die in der Elternphase Teilzeit arbeitet; auch sehr viele  
246 Männer wollen Teilzeit arbeiten.

247 Wir müssen es schaffen, die Welt der Arbeit und die Welt der Familie wieder enger zusammenzubrin-  
248 gen. Wir brauchen hier eine neue, zukunftsfähige Kultur für die Familie. Arbeitgeber müssen den Fa-  
249 milien soweit möglich mehr entgegenkommen. Hierzu wollen wir einen intensiven Dialog mit der  
250 Wirtschaft anstoßen. Wir begrüßen Aktivitäten von Unternehmen, die Betreuungsmöglichkeiten von  
251 Kindern sowie die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu fördern.

252 Frauen und Männer müssen die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, wie sie ihren Weg in Familie  
253 und Beruf gehen. Der Staat hat lediglich die Voraussetzungen für diese freie Entscheidung zu schaf-  
254 fen. Die Familien dürfen dabei in keiner Weise vom Staat bevormundet werden. Dem Kind und den  
255 Eltern gerecht werdende wohn- oder berufsnahe flexible Kinderbetreuungsangebote sind hier eine  
256 Grundvoraussetzung.

257 Wir haben Respekt vor der Entscheidung von Frauen, sich für die Betreuung ihrer Kinder zu entschei-  
258 den und damit eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe selbst zu übernehmen. Die CDU unterstützt  
259 Frauen in dem schwierigen Spagat zwischen dem Engagement für das Kind und dem Wunsch, beruf-  
260 lich tätig zu sein.

261 Genauso respektieren wir die Entscheidung von Eltern, die sich dafür entscheiden, weiter berufstätig  
262 zu sein. Zur Realisierung dieser Entscheidung braucht es mehr Teilzeitmodelle, mehr flexible Arbeits-  
263 zeitmodelle und einen ebenso umfassenden wie raschen Ausbau flexibler und bedarfsgerechter Kin-  
264 derbetreuungsmöglichkeiten, die den jeweiligen, zum Teil sehr individuellen, Bedürfnissen der Fami-  
265 lien gerecht werden. Auf diesen Bedarf müssen wir heute und nicht erst morgen reagieren. Verschie-  
266 dene Berufsgruppen brauchen in ihrer Umgebung eine Einrichtung oder Möglichkeiten der Tages-  
267 pflege, die dieses im Zusammenwirken mit den jeweiligen Arbeitgebern flexibel anbieten.

268 Damit nicht im schulpflichtigen Alter des Kindes eine Betreuungslücke entsteht, muss insbesondere  
269 die Betreuungssituation von Schulkindern auch in der Ferienzeit verbessert werden. Hier brauchen  
270 wir die Möglichkeit verlässlicher Betreuungsangebote nach Bedarf auch bis in den späten Nachmittag  
271 hinein.

272 Das neue, seit 2008 geltende Unterhaltsrecht lässt Frauen mit Kindern oft im Regen stehen. Eine  
273 Wahlfreiheit bei der Betreuung ist nicht gewährleistet. Der soziale Abstieg Alleinerziehender ist oft  
274 vorprogrammiert. Deshalb muss die Dauer des Unterhaltsanspruchs zum Wohl kleiner Kinder verlän-  
275 gert werden.

276 Familien mit vergleichsweise geringem Einkommen brauchen Unterstützung. Deshalb darf das Lan-  
277 deserziehungsgeld nicht abgeschafft werden. Gerade Familien mit geringem Einkommen, die keine  
278 Hartz IV-Bezüge erhalten, müssen besonders unterstützt werden. Wir dürfen nicht zuschauen, wie  
279 Kinder zum Armutsrisiko werden.

#### 280 **LEITBILD 4: MITTELSCHICHT UND MITTELSTAND STÄRKEN, SOZIALEN AUFSTIEG FÖRDERN**

281 Unser Land ist stark, weil wir eine starke Mittelschicht haben. In dieser sozialen Gruppe fühlen sich  
282 viele bedroht. Insbesondere Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende und Migranten- Fami-  
283 lien können von sozialem Abstieg betroffen sein. Aktive Familienpolitik ist somit vor allem Politik für  
284 die Mittelschicht.

285 Neben Hilfen für Familien brauchen wir den Aufbau von Weiterbildungsmöglichkeiten, um gebroche-  
286 ne Biographien von vorne herein zu vermeiden. Im Bereich der Weiterbildung haben wir massiven  
287 Nachholbedarf vor allem für ältere und gering qualifizierte Mitarbeiter.

288 Wir brauchen eine Gesellschaft, in der der berufliche und soziale Aufstieg angeregt und gefördert  
289 werden. Hierzu brauchen wir ein einfaches leistungsgerechtes Steuersystem. Wir brauchen auch eine  
290 „Zweite Chance“ für alle jene, die gescheitert sind.

291 Jungen Leuten müssen wir einen besseren Einstieg ins Berufsleben ermöglichen. Wenn junge Leute  
292 nach der Ausbildung und dem Studium keine feste Anstellung bekommen, fördert dies weder die  
293 Motivation noch werden dadurch die jungen Fachkräfte in unserem Land gehalten. Die Gründung  
294 einer Familie wird dadurch erschwert.

295 Wir sind das Land der Eigentümer. Wir wollen die Bildung von Wohneigentum fördern und treten für  
296 eine breite Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ein. Für das Vermögen gerade auch der Mittel-  
297 schicht muss es sichere Anlagemöglichkeiten für das Ersparte geben. Deshalb lehnen wir eine Ver-  
298 mögensteuer und Zwangsanleihen ab. Gerade auch der Kleinsparer muss besonders geschützt wer-  
299 den. Deshalb dürfen insbesondere kleine Banken soweit unsere Genossenschaftsbanken und Spar-  
300 kassen nicht von Basel III und anderen Regulierungen erschlagen werden.

301 Die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die oft Familienunternehmen sind, sind ein Grund-  
302 pfeiler unseres Landes. Von diesen ist die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise nicht ausgegangen.  
303 Sie stehen für verantwortetes Eigentum und persönliche Haftung, für Fleiß und Innovationskraft. Wir  
304 müssen dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für diese Betriebe stimmen und dass neue Grün-  
305 dungen möglich sind. Insbesondere die immer erdrückender werdende Bürokratielast muss ihnen  
306 genommen werden.

## 307 **LEITBILD 5: FÜR QUALITATIVES WACHSTUM: DEM FORTSCHRITT EINE RICHTUNG GEBEN**

308 Ohne Fortschritt und Wachstum sind die großen Herausforderungen unserer Zeit nicht zu schaffen.  
309 Weder die Energiewende noch die demographische Entwicklung in Europa oder das Wachstum der  
310 Weltbevölkerung wären menschenwürdig zu bewältigen. Deshalb dürfen wir nicht in eine  
311 „Zufriedenheitsfalle“ hineinlaufen: Wir dürfen nicht meinen, alles könne so bleiben und es bedürfe  
312 nicht weiterer gewaltiger Anstrengungen, um unseren Wohlstand zu sichern. Gleichzeitig sehen wir,  
313 dass ein „immer mehr, immer höher, schneller, weiter um jeden Preis“ nicht zielführend ist. Deshalb  
314 ist innovatives Denken so wichtig, um neue nachhaltige Wachstumschancen zu erkennen und zu ver-  
315 wirklichen.

316 Gleichzeitig sehen wir, dass ein „immer mehr, immer höher, schneller, weiter“ nicht zielführend ist.  
317 Wir müssen Grenzen des Wachstums erkennen und zu Selbstbeschränkung fähig sein. Deshalb ist  
318 innovatives Denken so wichtig, um neue Wachstumschancen zu erkennen und zu verwirklichen.

319 Dem Fortschritt wollen wir eine Richtung geben. Hierfür müssen wir Ziele vorgeben. Wir müssen  
320 definieren, was wir erreichen wollen. Viele große Entwicklungen sind einem klar vorgegebenen Leit-  
321 bild gefolgt.

322 Was sind unsere Zielvorstellungen für qualitatives Wachstum?

- 323 • Eine sichere, bezahlbare, sozial verträgliche, Ressourcen schonende Energieversorgung, die  
324 beim Energie sparen beginnt, die möglichst dezentral aufgestellt ist. Für den verstärkten Um-

325 stieg auf erneuerbare Energien brauchen wir sofort massive Forschungs- und Entwicklungs-  
326 anstrengungen auf zwei Feldern: Speicherung von Energie sowie intelligente Netze (Eberhard  
327 Umbach, Präsident KIT).

328 • Eine Bauweise, die das energieautonome Haus ermöglicht, klimaneutral ist und die den Ab-  
329 rissmüll auf null setzt (Werner Sobek, Stuttgart).

330 • Eine bäuerliche Landwirtschaft, die gesunde, im Einklang mit der Natur produzierte Nah-  
331 ahrungsmittel auf unseren Tisch bringt, die aber auch nicht unsere Verantwortung als klimatisch  
332 begünstigte Zone für die Welternährung aus dem Auge verliert.

333 • Eine Kommunikationstechnologie, die viele Möglichkeiten und Freiheiten bringt, die aber  
334 auch in eine neue, verantwortbare Kommunikationskultur eingebunden ist. Wir brauchen da-  
335 für gerade jetzt eine unabhängige Presse.

336 • Eine Mobilitätsstrategie, die städtische und ländliche Räume sowie die verschiedenen Ver-  
337 kehrsträger intelligent miteinander verbindet und vernetzt. Hierzu gehören ein leistungsfä-  
338 higes Straßen- und Eisenbahnnetz und die Erforschung und Förderung moderner Antriebsfor-  
339 men und Energiespeichermöglichkeiten.

340 Innovationen und Forschung sind in Baden-Württemberg zu Hause. Wir wollen damit unseren Beitrag  
341 für ein qualitatives und zukunftsgerichtetes Wachstum und eine Wirtschaftsweise leisten, die die  
342 Schöpfung achtet und damit Ökonomie und Ökologie versöhnt.

#### 343 **LEITBILD 6: BESTE BILDUNGSCHANCEN FÜR JEDES KIND**

344 Bildung ist ein Wert an und für sich. Sie dient der Persönlichkeitsentwicklung, der sozialen Kompe-  
345 tenz und ist nicht nur Voraussetzung für späteren ökonomischen Erfolg. Wir stehen für ein Bildungs-  
346 system, das offen für alle ist und jeder und jedem entsprechend der jeweiligen Fähigkeiten und Bega-  
347 bungen die besten Bildungschancen gibt. Wir setzen auf Qualität und Leistung, auf Anstrengung und  
348 Förderung, auf Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit. Sozialer Aufstieg durch Bildung muss  
349 möglich sein, unabhängig von der jeweiligen sozialen und kulturellen Herkunft.

350 Diese eröffnen wir nicht, indem wir alle über denselben Kamm scheren, sondern indem wir individuel-  
351 le Förderung und Betreuung ermöglichen. Die Einheitsschule wird dem nicht gerecht, die Vielfalt der  
352 Bildungsangebote je nach Fähigkeiten und Begabungen muss gewährleistet sein. Anschlussausbil-  
353 dung und Weiterqualifizierung müssen auf jeder Ebene angeboten werden, getreu dem Leitgedanken  
354 „kein Abschluss ohne Anschluss“!

355 Wir fordern frühkindliche Bildung für alle Kinder. Die Anfänge sind entscheidend: Eine frühe Förde-  
356 rung ermöglicht Kindern einen guten Start im Bildungssystem. Insbesondere Sprachförderung ist  
357 noch vor Schulbeginn wichtig. Im Kindergarten sollen die Kinder sprachlich und in den elementaren  
358 Kompetenzen altersgerecht gefördert werden. Musik, Bewegung, Gesundheits- und Ernährungser-  
359 ziehung gehören ebenso dazu wie erste Begegnungen mit Natur- und Technikphänomenen. Die Auf-  
360 wertung der ersten Bildungsphase ist auch eine Frage der Bildungsgerechtigkeit.

361 Wir wollen ein durchlässiges Bildungssystem, das die Schülerinnen und Schüler mit ihren unter-  
362 unterschiedlichen Begabungspotentialen bestmöglich fördert. Wir halten das Gymnasium für unverzicht-  
363 bar, unterstützen funktionierende Haupt-/Werkrealschulen und stärken unsere Realschulen, die nach  
364 wie vor einen elementaren Beitrag zur Sicherung der Bildungsqualität des Wirtschaftsstandortes Ba-  
365 den-Württemberg leisten. Neue Modelle, die den Hauptschul- und Realschulgang miteinander ver-  
366 binden, aber den jeweils anerkannten Abschluss bewahren, gilt es zu erproben. Gleichzeitig setzen wir  
367 uns für die hohe Qualität der bestehenden Abschlüsse ein.

368 Wir wollen unser weltweit einmaliges berufliches Schulwesen und unsere duale Ausbildung weiter  
369 voranbringen. Sie sind das Rückgrat unseres Landes. Die frühe Integration in den Betrieb durch die  
370 duale Ausbildung ist ein wesentlicher Grund für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland.  
371 Die beruflichen Schulen tragen in Baden-Württemberg entscheidend zur Durchlässigkeit im Bil-  
372 dungssystem bei, wie empirische Untersuchungen belegt haben.

373 Angesichts rückläufiger Schülerzahlen und wachsender Anforderungen an die Schulen müssen wir  
374 geeignete Lösungen finden, damit auch in Zukunft in allen Regionen unseres Landes – auch im ländli-  
375 chen Bereich – eine gute Bildungsinfrastruktur vorhanden ist. Wir wollen auch im Bereich der weiter-  
376 führenden Schulen Schulstandorte erhalten, wo es aufgrund der Schülerzahl sinnvoll ist. Den Erhalt  
377 von Schulen über pädagogische Konzepte zu stellen, wird aus unserer Sicht zu Lasten der Qualität  
378 von Bildung in unserem Land gehen."

379 Die CDU hat in Baden-Württemberg die besten Hochschulen mithin in Europa geschaffen. Wir setzen  
380 auf Qualität und Vielfalt unserer Hochschullandschaft.

## 381 **LEITBILD 7: INTEGRATION STÄRKEN: BEREICHERUNG FÜR UNS ALLE**

382 In Baden-Württemberg leben viele Menschen aus anderen Kulturkreisen und Ländern. Sie sind für  
383 unser Land eine Bereicherung und sie helfen mit, den Wohlstand zu sichern. In weiten Teilen Baden-  
384 Württembergs hat rund die Hälfte des jüngeren Teils der Bevölkerung einen Migrationshintergrund.

385 Aufgrund der internationalen Position unseres Landes werden auch in Zukunft Menschen zu uns ein-  
386 wandern. Eine ungesteuerte Zuwanderung lehnen wir ab. Neben menschlichen Aspekten müssen  
387 insbesondere Kriterien der beruflichen Qualifikation und Sprachkenntnisse eine Rolle spielen. Wir  
388 sind offen für Vielfalt. Aber wer bei uns leben will, muss unsere Verfassung respektieren und unsere  
389 Gesetze achten und unsere Sprache lernen.

390 Die Basis für unser Zusammenleben ist unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Integration  
391 verlangt Bejahung der grundlegenden Regeln und Traditionen einer Gesellschaft, bei Wahrung der  
392 Vielfalt kultureller Hintergründe.“

393 Muslimen, die hier leben, gehören zu Baden-Württemberg. Wir wollen als CDU einen intensiven Dialog  
394 mit allen Migrantengruppen und Religionsgemeinschaften führen. Dabei wollen wir das Verbindende  
395 herausstellen.

396 Menschen gerade mit Migrationshintergrund haben oft viele Identitäten. Für viele der Migranten, die  
397 in Baden-Württemberg und Deutschland leben, ist das auch „ihr Land“. Hier ist Integration geglückt.  
398 Mit ihnen teilen die hier Geborenen eine gemeinsame Identität.

399 Wir stehen für eine Kultur der Offenheit und ermutigen unsere Vereine zu einer aktiven Integrations-  
400 arbeit. Rein ethnischen Vereinen stehen wir skeptisch gegenüber. Wir bieten stattdessen eine Kultur  
401 des vorurteilsfreien Gesprächs und der Teilhabe an. Wir wollen eine Mitmachkultur. Der Erwerb der  
402 deutschen Sprache sollte für jedes Kind, das bei uns aufwächst, selbstverständlich sein. Sprachförde-  
403 rung muss so früh als irgend möglich – für alle Kinder - wirkungsvoll ansetzen.

#### 404 **LEITBILD 8: VERANTWORTUNG FÜR DIE INNERE UND ÄUSSERE SICHERHEIT**

405 Die Gewährleistung der inneren Sicherheit und Ordnung ist eine der wichtigsten Aufgabe des Staa-  
406 tes. Wir stehen für eine leistungsfähige Polizei, die in jedem Kreis mit einer Polizeidirektion präsent  
407 ist.

408 Wir brauchen endlich eine wirksame Regelung für die Vorratsdatenspeicherung. Den Zuzug von Kri-  
409 minellen nach Deutschland dürfen wir nicht dulden; straffällig gewordene Ausländer ohne gesicher-  
410 ten Aufenthaltsstatus müssen abgeschoben werden.

411 Wir anerkennen die Leistungen unserer Soldatinnen und Soldaten bei ihrem Dienst im Inland und im  
412 Auslandseinsatz. Wir unterstützen die Reservistinnen und Reservisten in ihrem Engagement für einen  
413 leistungsfähigen Heimat- und Katastrophenschutz. Gemeinsam mit Feuerwehren, THW und den  
414 Hilfsdiensten sollten sie Bestandteil einer Heimatschutzstrategie im Not- und Katastrophenschutz  
415 werden.

#### 416 **LEITBILD 9: WIR WOLLEN DIE STAATLICHE EIGENSTÄNDIGKEIT BADEN-WÜRTTEMBERGS** 417 **STÄRKEN**

418 Baden-Württemberg ist ein starkes Land in Deutschland und Europa. Wir wollen diese Stellung des  
419 Landes erhalten und ausbauen, unsere eigenen Angelegenheiten selbst regeln und somit die Sub-  
420 stanz der Demokratie in unserem Land festigen.

421 Nur was nicht in unseren Kommunen und im Land selbst erledigt werden kann, darf in die Kompetenz  
422 des Bundes oder der EU abgegeben werden.

423 Der Föderalismus in Deutschland kann nur mit leistungsfähigen Ländern funktionieren. Neben einer  
424 raschen Neuordnung des Länderfinanzausgleichs gilt es, uns für weniger, dafür aber starke Länder  
425 einzusetzen.

426 Wir wollen, dass alle Länder die Schuldenbremse und den europäischen Fiskalpakt einhalten und ein-  
427 halten können. Hierzu muss der Bund Befugnisse in der Steuergesetzgebung an die Länder übertra-  
428 gen.

429 Das ist im Interesse Baden-Württembergs, weil sonst unsere Lasten bei Ausgleichszahlungen noch  
430 deutlich höher würden. Ein gestärkter Föderalismus fördert auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutsch-  
431 lands in der EU.

#### 432 **LEITBILD 10: WIR BAUEN MIT AM EUROPÄISCHEN HAUS**

433 Europa, das bedeutet Frieden! Und Deutschland und Baden-Württemberg wären ohne eine Einbin-  
434 dung in die EU heutzutage global nicht mehr wettbewerbsfähig. Deshalb wollen wir am gemeinsamen  
435 Europäischen Haus weiterbauen, um Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sichern.

436 Von der gemeinsamen Währung hat unser Land in besonderem Maße profitiert. Um den Euro stabil  
437 zu halten, brauchen wir eine europäische Stabilitätskultur.

438 Der Bürger fragt sich: Was können wir überhaupt noch beeinflussen? Deshalb gelten für uns folgende  
439 Bauprinzipien:

440 Die Zuständigkeiten insbesondere für die für die Gesetzgebung müssen nach dem Subsidiaritätsprin-  
441 zip verteilt werden.

442 Den Gesetzgebern in Land und Bund müssen ausreichend eigene Befugnisse erhalten bleiben.

443 Die Konstruktion des Bundesrates ist im Hinblick auf zunehmende Gesetzgebungsbefugnisse der EU  
444 und hinsichtlich einer hinreichenden demokratischen Legitimation der Länder-Gesetzgebung neu zu  
445 überdenken. Deshalb hat Baden-Württemberg seine Verfassung geändert.

446 Entscheidungen, die bei der EU fallen, müssen von Organen getroffen werden, die demokratisch legi-  
447 timiert sein. Die Entscheidungsfindung dort muss transparent und für jeden Bürger nachvollziehbar  
448 sein.

449 Angesichts der enormen Herausforderungen im weltweiten Wettbewerb brauchen wir weiterhin ei-  
450 nen starken europäischen Wirtschafts- und Währungsraum. Gerade unser Land Baden-Württemberg  
451 profitiert aufgrund seines hohen Exportanteils sehr stark von unserem europäischen Binnenmarkt.

452 Wir sind bereit, zur Sicherung von Wachstum und Wohlstand in Europa unseren Beitrag zu leisten.  
453 Dabei müssen wir aber stets dafür sorgen, dass das Haus Europa auf einer soliden Haushaltspolitik  
454 und damit auf einem tragfähigen Fundament weitergebaut wird, das unsere Stellung im weltweiten  
455 Wettbewerb langfristig sichern kann.

456



457 **IV. WAS IST UNS DABEI WICHTIG?**  
458 **VERTRAUEN SCHAFFEN - OFFEN, TRANSPARENT UND**  
459 **AUSGLEICHEND WIRKEN**

460 *Für eine bürgernahe Politik.* Unsere repräsentative Demokratie hat sich bewährt; zu ihr stehen  
461 wir. Gleichwohl sehen wir schwindendes Vertrauen in Personen und Institutionen des demokrati-  
462 schen Staatswesens.

463 Das wichtigste Kapital in der Demokratie ist Vertrauen. Wir wollen intensiv mithelfen, um Glaubwür-  
464 digkeit und Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen.

465 Hierzu brauchen wir auch neue Formen der Bürgerbeteiligung, insbesondere bei großen Vorhaben,  
466 und eine grundlegende Reform des öffentlichen Planungsrechts in Deutschland. Es muss dialogischer  
467 und ergebnisoffener werden, stärker in Alternativen denken und die Lebenswelten der Bürgerinnen  
468 und Bürger stärker mit einbeziehen.

469 Die CDU-geführte Landesregierung hat zusammen mit Heiner Geißler zu Stuttgart21 einen „Fakten-  
470 check“ und eine „Fachschlichtung“ ins Leben gerufen. Auf diese Weise wurden Versäumnisse bei der  
471 Bürgerbeteiligung erfolgreich nachgeholt. In Zukunft muss eine offene und ehrliche Bürgerbeteili-  
472 gung am Anfang eines jeden Planungsverfahrens stehen. Etwa bei der Verwirklichung neuer Strom-  
473 trassen für erneuerbare Energien sowie z.B. von Wind- und Gaskraftwerken müssen die Investoren  
474 aufgefordert werden, den Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe zu führen.

475 Statt elitärer politischer und ökonomischer Entscheidungen und undurchsichtiger bürokratischer  
476 Verfahren wollen wir umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger, höchstmögliche Transpa-  
477 renz und nachvollziehbare Verfahren. Langfristig bis spätestens zum Jahr 2030 fordern wir die Til-  
478 gung sämtlicher Schulden des Landes, um für die kommende Generation wieder Gestaltungsspiel-  
479 räume zu eröffnen und die hohe demografische Belastung überhaupt schultern zu können.“

480 Ein „Faktencheck“ verfolgt das Ziel, ein politisches Projekt zu verbessern und Alternativen aufzuzei-  
481 gen, unter denen der Bürger entscheiden kann. Ein Bürgerentscheid kann in das Verfahren integriert  
482 werden. Bürgerbeteiligung sollte so organisiert sein, dass sie das Verfahren nicht verlängert, sondern  
483 im Gegenteil die Verwirklichung des Projekts beschleunigt. Der demokratische Staat muss hand-  
484 lungsfähig bleiben.

485 Die Bürger spüren sehr genau, ob sie ernst genommen werden. Partizipation als politische Show oder  
486 als Mittel zur Verwirklichung versteckter politischer Absichten (siehe „Filderdialog“) lehnen wir ab.

487 Volksabstimmungen können zu einer besseren Akzeptanz von Vorhaben führen, stoßen aber in Bezug  
488 auf eine starke „Politikverflechtung“ (Thomas Ellwein) zwischen den politischen Ebenen in Deutsch-  
489 land und Europa an ihre Grenzen. Die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg kannte lange vor  
490 anderen Ländern Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Über die weitere Absenkung von Quoren  
491 muss sorgsam – und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern - entschieden werden. Volksab-  
492 stimmungen ergänzen unsere repräsentative Demokratie. Dabei muss auch geklärt werden, welche  
493 Themen einer Volksabstimmung unterworfen werden können.

494 ***Nachhaltig Chancen für künftige Generationen eröffnen.*** Während die Politik der letzten sechs  
495 Jahrzehnte zuerst auf den Wiederaufbau unseres Landes, dann auf die Verteilung des wachsenden  
496 Wohlstandes und schließlich auf die Verwirklichung der deutschen und europäischen Einigung ausge-  
497 richtet war, liegt die Herausforderung heute darin, für nachfolgende Generationen Chancen und  
498 Spielräume zu sichern. Unser Maßstab muss es dabei sein, bei der Lösung der Probleme von heute  
499 schon an die Folgen von morgen und übermorgen zu denken. Das konsequente Werben für eine faire  
500 Lastenverteilung zwischen den Generationen steht für unser umfassendes Nachhaltigkeitsverständ-  
501 nis. Auf diesem Weg können und müssen wir dafür sorgen, dass auch die heutige Generation ver-  
502 gleichbare Entwicklungschancen und Perspektiven hat, wie sie frühere hatten.

503 ***Schluss mit neuen Schulden.*** Eine fortschreitende Verschuldung öffentlicher Haushalte ist ein  
504 Raubbau an der Handlungsfähigkeit und damit den Chancen künftiger Generationen und wider-  
505 spricht unserem Verständnis von Verantwortungsethik.

506 Deshalb treten wir dafür ein, dass Baden-Württemberg und Deutschland keine neuen Schulden mehr  
507 aufnehmen. Gerade jetzt, da die Steuerquellen sprudeln wie nie zuvor, ist ein Haushalt ohne neue  
508 Schulden möglich. Wenn wir von allen Ländern in Europa die Einhaltung eines europäischen Fiskal-  
509 pakts mit erhobenem Zeigefinger fordern, können wir uns nicht im eigenen Land vor der Verantwor-  
510 tung drücken. Wie Bayern und Sachsen müssen wir Spielräume für eine Rückzahlung von Schulden  
511 nutzen.

512 ***Ausgewogene Entwicklung in Stadt und Land.*** Die CDU ist die Klammer zwischen Stadt und Land,  
513 sie hält urbane Metropolen und den ländlichen Raum zusammen. Wir wollen starke Kommunen. Das  
514 ist ein Alleinstellungsmerkmal unserer Partei gerade in Baden-Württemberg. Gleichwertige Lebens-  
515 verhältnisse in Stadt und Land ermöglichen jedem Bürger die Wahl, wo und wie er leben möchte.

516 Die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Baden-Württemberg, in Stadt und Land  
517 muss Verfassungsrang erhalten.

518 Ländliche Räume brauchen eine gute Verkehrsinfrastruktur, Bildungsangebote, schnelles Internet  
519 und gesundheitliche Versorgung. Bei teilweise zurückgehenden Einwohnerzahlen ist der ländliche  
520 Raum auf eine intelligente Förderung und den wirksamen Ausgleich zwischen Stadt und Land ange-  
521 wiesen. Insbesondere brauchen wir auch gute und sichere Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

522 ***Ja zum Alter. Demografische Herausforderung annehmen.*** Noch nie zuvor haben so viele Men-  
523 schen in unserem Land eine so lange Lebenszeit und eine so hohe Lebenserwartung gehabt wie heu-  
524 te. Das ist ein Gewinn für den Einzelnen und eine große Chance für unsere Gesellschaft. Die Genera-  
525 tionen können länger voneinander lernen und sie gewinnen Lebenszeit, füreinander da zu sein.

526 Wir wollen den Generationenvertrag mit Leben erfüllen. Aus der deutlich längeren Lebensperspekti-  
527 ve ergeben sich große Veränderungsnotwendigkeiten für unseren Alltag. Jüngere müssen mehr tun,  
528 um im Alter fit zu sein. Ältere müssen den Jüngeren länger beistehen, damit diese den vielfältigen  
529 Anforderungen in der „Rush-hour“ des Lebens gerecht werden. In vielen Familien leben heute vier  
530 Generationen. Deshalb sind vor allem viele Frauen einer Mehrfachbelastung ausgesetzt: Sie müssen

531 z.B. gleichzeitig für ihre Eltern und ihre Enkel sorgen. Pflege ist meist weiblich. Pflegende Angehörige  
532 müssen besser unterstützt werden.

533 Die Pflege älterer Menschen ist uns wichtig. Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst in ihrer ver-  
534 trauten Umgebung bleiben können. Deshalb müssen flexible ambulante und stationäre Angebote vor  
535 Ort gefördert werden

536 Damit der Generationenvertrag funktioniert, muss die Lebensarbeitszeit steigen, auch weil wir auf  
537 den Erfahrungsschatz der Älteren nicht verzichten können. Deshalb brauchen wir flexible und intelli-  
538 gente Lösungen für eine verlängerte Lebensarbeitszeit. Hierfür erforderlich sind: Die Förderung des  
539 lebenslangen Lernens; altersgerechte Arbeitsplätze; flexiblere Arbeitszeitregelungen; Ältere besser  
540 qualifizieren; berufliche Gesundheitsförderung; mehr Möglichkeiten, länger im Beruf zu bleiben; fle-  
541 xiblere Übergänge in den Ruhestand.

542 ***Ehrenamt fördern.*** Das Ehrenamt ist eine wichtige Klammer für unsere Gesellschaft. Im Ehrenamt  
543 wird Außergewöhnliches geleistet. Weil die Bürgerinnen und Bürger in Baden, Württemberg und  
544 Hohenzollern seit über 150 Jahren besonders ehrenamtlich aktiv sind, ist Baden-Württemberg ein  
545 außergewöhnliches Land.

546 Das Ehrenamt ist nicht deshalb bedroht, weil die Bürger sich nicht mehr für Andere engagieren woll-  
547 ten. Vielmehr sind es berufliche und familiäre Herausforderungen, die es erforderlich machen, die  
548 Strukturen des Ehrenamts teilweise zu verändern.

549 Wir brauchen vielfältige Konzepte, wie gesellschaftliches Engagement und notwendige berufliche  
550 Mobilität für Vereine, Initiativen und Verbände zusammengeführt werden können.

551 Wir müssen den Stellenwert des Ehrenamts für eine menschliche und fortschrittliche Gesellschaft  
552 herausstreichen und setzen uns deshalb für eine höhere Wertschätzung und Anerkennung ehrenamt-  
553 lichen Engagements ein. Das beinhaltet ein Überdenken der jetzigen Höhe von Ehrenamts- und  
554 Übungsleiterpauschalen.

## 555 **V. WAS MÜSSEN WIR DAFÜR TUN?** 556 **ENGAGEMENT, BETEILIGUNG UND MITARBEIT** 557 **IN DER VOLKSPARTEI CDU**

558 ***Wir gehen auf die Bürger zu.*** Wir sehen Bürgerbeteiligung als eine „Holschuld“ der Partei an. Wir  
559 gehen auf die Bürgerinnen und Bürger zu und bitten sie um ihre Meinung und ihre Mitwirkung. Uns  
560 kommt es darauf an, nicht im eigenen Saft zu schmoren. Stattdessen müssen wir unsere eigene Posi-  
561 tion mit anderen Sichtweisen konfrontieren, um so zu jeweils noch besseren Problemlösungen zu  
562 kommen.

563 ***Zuhören.*** Die CDU muss da sein, wo sie hören kann, wo den Wähler der Schuh drückt. Viele unse-  
564 rer Mitglieder, Funktions- und Mandatsträger sind gleichzeitig ehrenamtlich in Vereinen, Kirchen,  
565 Verbänden und Bürgerinitiativen tätig. Diese Verwurzelung ist entscheidend. Die CDU kann diese  
566 „Graswurzelarbeit“ aufgrund ihrer landesweiten Präsenz und ihrer Mitgliederstärke noch immer am

567 besten leisten, sie muss diese Aufgabe aber auch wieder entschlossen angehen. Wir alle und vor allem  
568 unsere Mandatsträger müssen sich wieder als „Zuhörer“ und „Kümmerer“ etablieren, Gesprächskrei-  
569 se aufbauen und auch bereit sein, außerhalb der Partei Verantwortung zu übernehmen. Neben der  
570 klassischen Vereins- und Verbandskultur hat sich in vielen Städten und Gemeinden längst ein bunter  
571 Strauß an projektbezogenen Initiativen entwickelt. Es muss uns gelingen, Mitglieder dieser Initiativen  
572 für die CDU zu interessieren, und wir müssen es schaffen, selbst Initiativen für unsere Anliegen ins  
573 Leben zu rufen. In beiderlei Hinsicht haben uns Andere vorgemacht, wie effektive Oppositionsarbeit  
574 funktionieren kann.

575 **CDU als Partei interessant machen.** Interessierte Bürger müssen auf Anhieb zu uns finden. Wir  
576 wollen stärker Flagge in der Öffentlichkeit zeigen, das Gespräch anbieten und auch außerhalb von  
577 Wahlkämpfen mit Ständen und Aktionen präsent sein. Auch im Internet wollen wir bürgernäher und  
578 ansprechbarer werden. Jeder soll z.B. über die Eingabe seiner Postleitzahl sofort die Ansprechpartner  
579 auf örtlicher Ebene finden können und über interessante Veranstaltungen informiert werden. Es soll-  
580 te ein „Motto des Jahres“ ausgegeben werden, das jeweils ein zentrales Anliegen zum Ausdruck  
581 bringt.

582 **Vielfältiger Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen.** Der regelmäßige Dialog mit den gesellschaftli-  
583 chen Gruppen ist unabdingbar. In den Vorständen soll zu wichtigen Verbänden eine Person benannt  
584 werden, die ständigen Kontakt hält. Als Gäste zu Vorstandssitzungen und Versammlungen auf örtli-  
585 cher Ebene können Vereinsvorstände und Vertreter aus dem vorpolitischen Raum eingeladen wer-  
586 den.

587 **Die Mitglieder beteiligen.** Der Ruf nach einer stärkeren Beteiligung der Mitglieder ist deutlich zu  
588 hören. Wir wollen ihn ernst nehmen. Aber Beteiligung ist nicht nur eine Holschuld derjenigen, die  
589 Verantwortung in Ämtern und Mandaten tragen, sondern auch eine Bringschuld des Einzelnen. Wir  
590 wollen den Austausch erleichtern, durch Angebot vor Ort und im Netz. In verstärktem Maße wollen  
591 wir auch überlegen, wie wir Elemente der direkten Demokratie innerhalb unserer Partei einführen  
592 und umsetzen können.

593 Die CDU-Spitzenkandidatin oder der Spitzenkandidat für die nächste Landtagswahl wird in einem  
594 Mitgliederentscheid ermittelt. Ergänzend wollen wir Instrumente schaffen, wie wir schnell und effek-  
595 tiv Meinungsbilder der Mitglieder zu bestimmten Themen erheben können.

596 **Politik von unten nach oben entwickeln.** Auf allen Ebenen soll es zukünftig verstärkt regelmäßige  
597 Gelegenheiten zum direkten Austausch mit den Funktions- und Mandatsträgern geben. Mitgliederfo-  
598 ren, Gesprächsrunden, Workshops und Werkstattgespräche können eine gute Grundlage bilden, da-  
599 mit Stimmungen transportiert und Entscheidungen erklärt werden. Bei diesen Veranstaltungen sollen  
600 nicht Berichte und Reden im Mittelpunkt stehen: zuerst sollen immer die Mitglieder das Wort haben.

601 **Parteitage für alle Mitglieder öffnen.** Delegiertenparteitage sind das Abbild der repräsentativen  
602 Demokratie. Sie machen Sinn, dort wo es entscheidend auch auf regionale Ausgewogenheit und pro-  
603 portionale Vertretung ankommt. Bei thematischen Diskussionen wollen wir zukünftig das Instrument  
604 mitgliederoffener Parteitage nutzen. Dies ermöglicht es, allen die sich für ein bestimmtes Thema

605 interessieren oder dort über eine besondere Expertise verfügen, an der Debatte und der Entschei-  
606 dungsfindung teilzunehmen.

607 **Vielfältige Anträge zu Parteitag.** Zu allen Parteitagen auf Bezirks- und Landesebene sollen zu-  
608 künftig auch engagierte Mitglieder Anträge stellen könne, dazu wollen wir das erforderliche Quorum  
609 auf 20 absenken. Anträge sollen auf den Parteitagen jenseits der üblichen Wege auch von Nichtmit-  
610 gliedern eingebracht werden können. Hierzu soll eine Internetplattform eingerichtet werden. Dieje-  
611 nigen z.B. fünf Anträge mit den meisten Klicks werden auf dem Parteitag zur Abstimmung gestellt.  
612 Hierzu ist eine Satzungsänderung notwendig.

613 **Einfachere Strukturen auf örtlicher Ebene ermöglichen.** Für die Ebene der Ortsverbände wollen  
614 wir mehr Gestaltungsspielraum bei der Zusammensetzung der Vorstände ermöglichen. Zukünftig  
615 sollen in der Satzung nur noch das Amt des Vorsitzenden und des Schatzmeisters verbindlich vorge-  
616 schrieben sein. Über weitere Ämter und die Größe des Vorstandes entscheidet die Mitgliederver-  
617 sammlung.

618 **Transparente und anregungsoffene Vorstandsarbeit.** Die Tagesordnungen von Landesvorstand,  
619 Bezirksvorständen und Kreisvorständen zu allgemeinpolitischen Fragen sollen zukünftig eine Woche  
620 vorher ins Netz gestellt werden. Hierzu wird um Meinungen/Anregungen/Ideen gebeten, die dem  
621 jeweiligen Vorstand zur Behandlung vorgelegt werden müssen.

622 **Wahlprogramme gemeinsam erarbeiten.** Wahlprogramme sind früher in „Hinterzimmern“ erstellt  
623 worden. Methodisch werden sie schon heute in einigen Kreisverbänden nach dem Vorbild der Zu-  
624 kunftswerkstatt erstellt: Mitglieder und Bürger werden demnach aufgefordert, Vorschläge und Ideen  
625 einzubringen. Veranstaltungen werden für Teamwork genutzt, so kann sich jeder Teilnehmer intensiv  
626 einbringen. Damit bleiben politische Programme nah an den Sorgen und Nöten der Menschen.

627 **Offen für neue Mitglieder.** Wir brauchen mehr junge Mitglieder. Dort wo die Mitgliedsbeiträge ein  
628 Hinderungsgrund sind, können die Orts- und Kreisverbände Beitragspatenschaften für Studenten  
629 und Azubis aktiv anbieten. Auch der Frauenanteil in der CDU Baden-Württemberg ist, gemessen am  
630 Anteil in der Bevölkerung, zu niedrig und unter dem Bundesdurchschnitt. Daher haben vor allem  
631 Wählerinnen der CDU im Land den Rücken gekehrt. Wir wollen verstärkt um weibliche Mitglieder  
632 werben, sie mit neuen Arbeits- und Veranstaltungsformen gewinnen und ihnen zeigen, dass sie in der  
633 Partei willkommen sind und alle Chancen haben. Verstärkt wollen wir auf Mitbürgerinnen und Mit-  
634 bürger anderer Herkunft und anderen Glaubens zugehen und sie zum Mitmachen in der CDU einla-  
635 den. Für alle, die sich nicht sofort zu einer Vollmitgliedschaft in der CDU entscheiden können, wollen  
636 wir Gastmitgliedschaften offensiver anbieten. Wir sollten uns vermehrt um unsere Kandidatinnen  
637 und Kandidaten kümmern, die nicht gewählt wurden, aber weiter in die Parteiarbeit einbezogen wer-  
638 den sollten. So bleiben sie uns als engagierte potentielle künftige Kandidaten erhalten.

639 **Experten aktivieren.** Expertenrat wollen wir stärker in den Meinungsbildungsprozess einbeziehen.  
640 Dazu müssen wir viel stärker als bisher Experten innerhalb der Partei und von außen für unsere Arbeit  
641 gewinnen. Es ist dabei an fachliche Expertise genauso zu denken wie an lebensweltliches Fachwissen.

642 Die Fachausschüsse und Arbeitskreise der Partei können dabei besonders auch Organisationen im  
643 vorpolitischen Raum einbeziehen.

644 ***Ehrenamtliches Engagement ermöglichen.*** Berufsbedingt ist es heute leider vielen Mitgliedern  
645 nicht mehr möglich, zusätzliche Führungsfunktionen oder Aufgaben auf Dauer zu übernehmen. Neue  
646 Modelle zur projektbezogenen Mitarbeit, die ein nur zeitlich begrenztes Engagement zulassen, sollen  
647 verwirklicht werden. In Ergänzung fester Strukturen sollen Projektgruppen und zeitlich begrenzte  
648 Teams Aufgaben übernehmen.

649 ***Bedeutung des Internets erkennen.*** Wir sind davon überzeugt, dass das Internet Auslöser und Mo-  
650 tor für fundamentale Veränderungen ist. Die Möglichkeiten des Internets werden die Art und Weise,  
651 wie wir leben und arbeiten, wie wir kommunizieren und interagieren, grundlegend verändern. The-  
652 men der Netzpolitik werden deshalb eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit  
653 unseres Landes sein - gesellschaftlich wie ökonomisch und quer über alle Alters- und Gesellschafts-  
654 gruppen hinweg. Wir stehen dabei für eine verantwortungsvolle Netzpolitik mit Maß und Mitte, die  
655 einen fairen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen in einer pluralistischen Gesell-  
656 schaft auch im Internet schafft. Dabei setzen wir darauf, dass die Vielzahl von Nutzerinnen und Nut-  
657 zer bereit ist, politische und rechtliche Rahmenbedingungen als richtigen und notwendigen Impuls  
658 für eine positive Entwicklung des Internets anzuerkennen.

659 ***Chancen des Internets nutzen.*** Waren wir noch vor einigen Jahren unter den Parteien im Land Vor-  
660 reiter im Internet, so sind es heute immer öfters andere, die die politische Diskussion im Internet  
661 bestimmen. Das Geheimnis des Erfolgs sind dabei zumeist nicht die Internetangebote der Parteien  
662 selbst, sondern vielmehr die starke Präsenz ihrer Mandatsträger, Mitglieder und Anhänger in sozialen  
663 Netzwerken wie Facebook und Twitter sowie ihr dortiges Werben für ihre Partei. Eine solche „Online-  
664 kultur“ und damit die Bereitschaft, auch im Internet für die CDU und die eigenen politischen Über-  
665 zeugungen einzutreten, gilt es auch unter unseren Mitgliedern und Anhängern stärker zu fördern.  
666 Daneben sind unsere Verbände, Funktionsträger und vor allem Abgeordneten aufgefordert, noch  
667 wesentlich stärker die Möglichkeiten des Internets zu nutzen. Eine Webseite mit aktuellen Themen  
668 und Terminen sowie Newsletter-Angebote sollten mittlerweile auf allen Ebenen eine Selbstverständ-  
669 lichkeit sein. Heute gilt es, in den sozialen Netzwerken auf Augenhöhe den unmittelbaren Dialog mit  
670 den Menschen zu suchen, Politik verständlich zu erklären und offen für die Positionen der CDU zu  
671 werben.

672 ***Die interne Netzkommunikation stärken.*** Jeder Funktionsträger in Mandat und Vorstand sollte  
673 über e-Mail für alle Mitglieder erreichbar sein. Ergänzende virtuelle Angebote (CDU-Wiki) sollen ge-  
674 schaffen werden, um z.B. Spezialistenwissen der Mitglieder systematisch erfassen zu können. Eine  
675 Projektgruppe „Social Media/Webwerkstatt“ des CDU-Landesverbands kümmert sich speziell um die  
676 Aufstellung der Partei im Internet.

677 ***Die Mitgliederzeitschrift reformieren.*** CDU Intern soll besser genutzt werden, um inhaltliche De-  
678 batten besser darzustellen. Insgesamt soll der Informationsfluss in der Partei so gestaltet werden,  
679 dass ein Parteimitglied über einen gewissen Informationsvorsprung verfügen kann.

680 **Gutes Ehrenamt braucht professionelle Unterstützung.** Die CDU hat viele engagierte und moti-  
681 vierte hauptamtliche Mitarbeiter. Sie unterstützen und ermöglichen eine effektive politische Arbeit  
682 im Ehrenamt, indem sie administrative und logistische Aufgaben übernehmen und Beratung und Un-  
683 terstützung bieten. Gemeinsam mit den erfahrenen Mitarbeitern wollen wir über eine weitere Pro-  
684 fessionalisierung ihrer Arbeit sprechen, moderne Dienstleistungsprozesse entwickeln zeitgemäße  
685 Angebote in den Bereichen Weiterbildung und Wissensmanagement schaffen.

## 686 **VI. WAS BLEIBT OFFEN?** 687 **DIE ZUKUNFTSWERKSTATT GEHT WEITER**

688 **Die Projekt Zukunftswerkstatt ist mit dem Landesparteitag 2012 nicht beendet.** Gemeinsam bau-  
689 en wir an einer erneuerten CDU. Die CDU versteht sich als die Partei für die Baden-Württemberger.

690 **Die Aufbruchsstimmung weitertragen.** Die Zukunftswerkstatt hat in der Partei eine Aufbruchs-  
691 stimmung ausgelöst. Wenn sich am 21. Juli 2012 der Landesparteitag mit der Zukunftswerkstatt in  
692 eingehender Diskussion befasst und den Zukunftsentwurf beschließt, haben wir eine Grundlage für  
693 unsere politische Arbeit in den nächsten Jahren auf einem ganz neuen Weg erarbeitet. Diesen Weg,  
694 **im Dialog das eigene Programm zu erarbeiten**, wollen wir fortsetzen.

695 **Auf dem Weg zur modernen Bürgerpartei.** Wir stehen auf einem sicheren Wertefundament und  
696 einer klaren Grundausrichtung. Darauf aufbauend wollen wir zu einer modernen Bürgerpartei wer-  
697 den. Damit haben wir auch in Zukunft die Kraft, zuverlässig Antworten auf wichtige Zukunftsfragen  
698 zu geben.

699 **Den Dialogprozess fortsetzen, Glaubwürdigkeit schaffen.** Die Zukunftswerkstatt ist nicht einfach  
700 ein Projekt, um wieder an die Regierung zu kommen. Es ist nicht damit getan, etwas aufs Papier zu  
701 schreiben und eine Eintagsfliege zu produzieren. Was wir uns vornehmen, müssen wir im politischen  
702 Alltag glaubhaft, authentisch und kraftvoll leben und umsetzen.

703 **Offen für grundlegende Strukturveränderungen.** Die CDU wird in den kommenden Jahren vor der  
704 Herausforderung stehen, ihre Verbands-, Gliederungs- und Organisationsstrukturen immer wieder zu  
705 überprüfen und weiterzuentwickeln. Alleine entlang der bestehenden Altersstruktur unserer Partei  
706 wird die Zahl der Mitglieder, der Aktiven, der Beitragszahler und derjenigen, die bereit sind, Funktio-  
707 nen zu übernehmen, abnehmen. Dabei stellen sich Fragen zur Organisation der Arbeit vor Ort genau-  
708 so wie weitere Fragen zur zukünftigen Finanzierung unserer Arbeit. Auch Fragen, mit welchen Aufga-  
709 ben die Bezirksverbände im Land weiterarbeiten, wurden im Rahmen der Zukunftswerkstatt immer  
710 wieder aufgeworfen. Wir wollen diese Diskussionen ergebnisoffen und ehrlich führen. Aber wir müs-  
711 sen sie führen, um unsere Partei zukunfts- und kampagnenfähig aufzustellen.

712 **Die Arbeit geht weiter.** Die Projektgruppe Zukunftswerkstatt wird – wie vielfach verlangt - ihre  
713 Arbeit fortsetzen und den Erneuerungsprozess der CDU begleiten, fördern und ausbauen.

- 714 • Wir nehmen uns vor, über die Diskussion unserer Werte Antworten auf gesellschaftliche,  
715 ökonomische und technische Zukunftsfragen zu finden.

- 716
- Wir wollen deshalb die breite Wertediskussion in der Partei fortsetzen.
- 717
- Dabei muss beispielsweise die Diskussion über geeignete Maßnahmen zur Unterstützung von Familien fortgesetzt werden.
- 718

- 719
- Wir wollen eine breite Diskussion über Chancen und Risiken der Gentechnologie.

720 **Netzwerke schaffen, Themen aufspüren.** Wir sind es, die breit verankert sind. Deshalb können wir  
721 besonders gut Themen aufspüren, die die Menschen bewegen. Dabei wollen wir unsere Netzwerke zu  
722 anderen gesellschaftlichen Gruppen verstärken und neu knüpfen.

723 **Zukunftswerkstatt Baden-Württemberg.** Aus der „Zukunftswerkstatt CDU Baden-Württemberg  
724 muss die „Zukunftswerkstatt Baden-Württemberg“ der CDU werden. Wir diskutieren in den Kreis-  
725 und Ortsverbänden gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern und Experten von inner-  
726 halb und außerhalb der CDU die Zukunftsthemen für das Land.

727 Daneben müssen wir auf Landesebene wichtige gesellschaftliche Fragen mit anderen gesellschaftli-  
728 chen Akteuren diskutieren. Auch aus der Opposition heraus kann man etwas bewegen und zum Fort-  
729 kommen des Landes beitragen. Auf unserer Tagesordnung stehen folgende Diskussionen:

- 730
- Dialog mit den Spitzen der baden-württembergischen Wirtschaft und der Gewerkschaften in  
731 Baden-Württemberg über eine neue Kultur für die Familie und über die Frage, wie mehr Frau-  
732 en in Führungsfunktion kommen können.
- 733
- Dialog über die Ziele und Leitbilder für qualitatives Wachstum. Diesen Dialog müssen wir mit  
734 der Wissenschaft und der Wirtschaft gemeinsam führen.
- 735
- Dialog mit den anderen Glaubensgemeinschaften zur Verbesserung der Integration und des  
736 gegenseitigen Verständnisses.“

737 **Mit Optimismus gehen wir's an - Für unser Land.** Baden-Württemberg ist Spitze. Mit Optimismus  
738 und Zuversicht wollen wir in der CDU arbeiten, um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen,  
739 Glaubwürdigkeit zu schaffen und damit auch in Zukunft den Auftrag unserer Wählerinnen und Wäh-  
740 ler zu erfüllen und das uns Mögliche tun, um unser Land und unsere Heimat voranzubringen.